

# **Einstellungen, Erwartungen und Befürchtungen Jugendlicher gegenüber der Europäischen Union und ihrer Politik im Jahr 2005 - Analyse, Bewertung und Perspektiven**

**Dr. Barbara Tham**

Das Jahr 2005 wird als das Jahr der gescheiterten Referenden und des Haushaltstreites in die europäische Geschichte eingehen. Am Ende des Jahres mag es zwar noch gelungen sein, einen Kompromiss bei den Haushaltsfragen herbeizuführen. Die bestehenden Unstimmigkeiten in der EU und die Schwierigkeiten und Spannungen bei der aktuellen europäischen Politik konnten dadurch jedoch noch lange nicht behoben werden. Europa befindet sich in einer Krise und bedarf einer grundlegenden Auseinandersetzung über die zukünftige Ausrichtung und Zielsetzung.

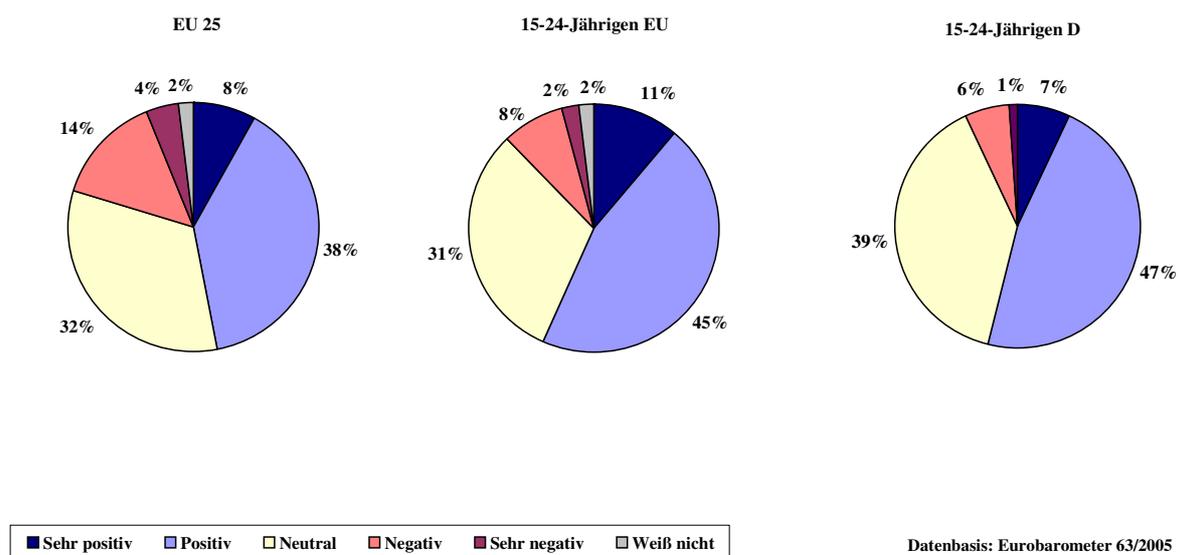
Die Kluft, die sich zwischen der offiziellen EU-Politik und der Bevölkerung aufgetan hat und die bei den gescheiterten Referenden zu der EU-Verfassung unübersehbar geworden ist, wird die kommenden Entwicklungen in der EU prägen. Die Unterstützung der europäischen Einigung durch die Bevölkerung und insbesondere durch die junge Generation darf nicht länger als gegeben vorausgesetzt werden. Die Einstellungen der Jugendlichen zur EU sind alles in allem sehr ambivalent. So herrscht zwar eine überwiegende Zustimmung zur EU im allgemeinen vor, bei konkreten Fragestellungen und zu bestimmten Handlungsfeldern fallen die Äußerungen jedoch durchaus distanzierter und kritischer aus.

Dies lässt sich an den Einstellungsdaten ablesen, die von der EU halbjährlich in allen Mitgliedstaaten repräsentativ erhoben werden. Im Folgenden soll auf die Ergebnisse der Erhebung vom Frühjahr 2005 näher eingegangen werden, die im Eurobarometer 63 veröffentlicht sind. Das besondere Augenmerk gilt hierbei den Daten der Jugendkohorte, d.h. der 15-24-Jährigen.

## Allgemeine Zustimmung zur Europäischen Union

Das allgemeine Bild, das die EU bei der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hervorruft, ist durchaus positiv. 45 % der EU Jugendlichen und 47 % der deutschen Jugendlichen haben ein positives Bild von der EU sowie 11 % der EU-Jugendlichen und 7 % der deutschen Jugendlichen sogar ein sehr positives Bild. Demgegenüber äußern sich nur 2 % der EU-Jugendlichen und 1 % der deutschen Jugendlichen sehr negativ gegenüber der EU sowie 8 % der EU-Jugendlichen und 6 % negativ. Damit hat der überwiegende Teil der Jugendlichen ein optimistisches Bild von der EU und nur 10 % fällen ein negatives Urteil. Fast ein Drittel der jungen Menschen ist jedoch indifferent und kann oder will sich nicht festlegen. Die Einstellungen der Jugendlichen fallen hierbei insgesamt positiver aus als die der älteren Generation, das heißt sie liegen sowohl 9 % über den positiven Zustimmungen der Gesamtbevölkerung als auch 9 % unter den negativen Sichtweisen.

Bild der EU



Auch die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU wird von einem Großteil der Bevölkerung als eine gute Sache angesehen. In den vergangenen 10 Jahren bewegten sich die Zustimmungswerte der Jugendlichen zwischen 50 und 60 Prozent und lagen im Durchschnitt 5 bis 10 Prozent über den Werten der Gesamtbevölkerung. 2005 bewerten 63 % der EU-Jugendlichen und 68 % der jungen Deutschen die Mitgliedschaft in der EU positiv (54 % der EU-Gesamtbevölkerung). Im Gegensatz dazu stufen nur 8 % der EU-Jugendlichen und 4 % der deutschen Jugendlichen diese als schlechte Sache ein (15 % der EU-Gesamtbevölkerung). Die deutschen Jugendlichen sehen damit die Mitgliedschaft in der EU etwas positiver als der EU Durchschnitt.

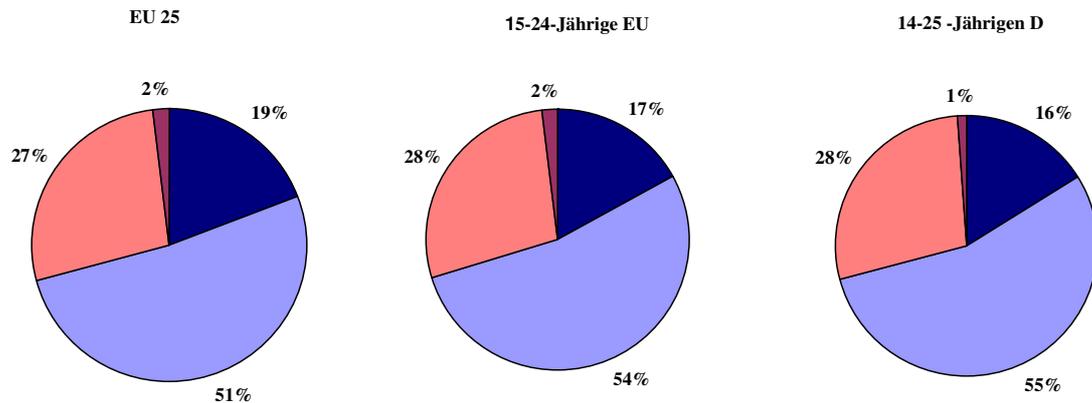
Bedenklich erscheint jedoch der hohe Anteil derjenigen, die sich zur EU nicht eindeutig äußern und die Frage nach der Mitgliedschaft mit einem ‚weder-noch‘ beziehungsweise mit ‚weiß-nicht‘ beantworten. Fast ein Drittel der EU-Bevölkerung will oder kann sich im Hinblick auf die EU nicht eindeutig festlegen. Diese indifferenten Einstellungen sind im Hinblick auf die weitere Unterstützung der EU schwer einzuschätzen und es stellt sich die Frage nach den Ursachen derselben.

Sowohl im Hinblick auf die geografische Verteilung als auch hinsichtlich der soziodemografischen Charakteristika der EU-Bevölkerung lassen sich deutlich Unterschiede bei der Einschätzung der Mitgliedschaft in der EU aufzeigen. So bestehen direkte Korrelationen zwischen der positiven Beurteilung der EU-Mitgliedschaft und den Kriterien männliches Geschlecht, höherer Bildungsstatus, (Groß-)Stadtbewohner, politische Links-Verortung und bessere Informiertheit über EU-Angelegenheiten. Diese Personengruppen schätzen die Mitgliedschaft eher als eine gute Sache ein und äußern sich insgesamt positiver zur EU. Am stärksten ausgeprägt sind diese Zusammenhänge bei der Einschätzung der EU-Mitgliedschaft und den Faktoren ‚erreichtes Bildungsniveau‘ und ‚selbst eingeschätzter Wissensstand zur EU‘. Je höher der allgemeine Wissensstand sowie die Kenntnisse über die EU sind, desto höher fällt auch die Zustimmung zur EU aus und desto geringer ist der Anteil derjenigen, die sich indifferent zu dieser Frage äußern. Es liegt daher nahe, zu vermuten, dass die Einstellungen zur EU sehr stark von den vorhandenen Informationen und dem Wissensstand über die europäische Politik abhängig sind. Dies soll selbstverständlich nicht heißen, dass es nicht auch Kritik und Ablehnung gegenüber der EU gibt, die sich auf informierten Entscheidungen gründet.

### **Informationen und Wissen über die Europäische Union**

Das Wissen über den Aufbau und die Funktionsweise der EU sowie über die aktuellen Entwicklungen europäischer Politik ist weithin defizitär. Die Jugendlichen schätzten ihr eigenes Wissen über die EU als eher gering ein. Sehr gut fühlen sich nur 2 % der EU-Jugendlichen über die EU informiert, 28 % geben an, viel zu wissen, 54 % glauben, ein wenig zu wissen und immerhin 17 % geben selbst zu, (fast) nichts über die EU zu wissen. Die Unterschiede zwischen den Altersgruppen fallen bei dieser Frage übrigens nicht sehr groß aus und auch junge Deutsche fühlen sich über Europa nicht besser informiert als ihre Altersgenossen in der EU. Mangelndes Wissen über die EU charakterisiert Senioren ebenso wie Jugendliche und dies über Jahre hinweg.

## Geschätztes Wissen über die EU



■ (fast) nichts ■ ein wenig ■ viel ■ sehr viel

Datenbasis: Eurobarometer 63/2005

Konkrete Wissensfragen über die EU spiegeln das subjektiv empfundene Informationsdefizit wider. Nur knapp 52 % der EU-Jugendlichen beantworteten im Frühjahr 2005 die Frage richtig, ob die EU aus 15 Mitgliedstaaten besteht. Richtig ist, dass die EU 25 Mitgliedstaaten umfasst. Dies scheint ein Jahr nach der Erweiterung schon nicht mehr in der Bevölkerung präsent zu sein. Und während 44 % der EU-Jugendlichen immerhin noch wissen, dass sie das Europäische Parlament selbst wählen, können sich anscheinend nur noch 34 % daran erinnern, dass sie dazu letztmalig 2004 aufgerufen waren und damit die letzte EP-Wahl nicht 2002 stattgefunden hat.

Selbst bei diesen ganz allgemeinen Wissensfragen zeigt sich, dass der Kenntnisstand zur EU äußerst gering ist und der/die aufgeklärte EU-Bürger/in in der Minderzahl ist. Damit fehlt jedoch eine wesentliche Grundlage für eine aktive Bürgergesellschaft in der EU und die Unterstützung der EU-Politik durch die davon betroffenen Menschen. Die partizipative Demokratie, wie sie in der EU-Verfassung gefordert wird, kann nur dann funktionieren, wenn sie über mündige und aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger verfügt, die zumindest ein minimales Grundwissen über das politische System besitzen und auf diesem aufbauend ihre Rechte und Pflichten in diesem wahrnehmen können.

Angesichts dieser Daten erscheint es zweifelhaft, ob es ausreicht, wenn die Menschen bereits etwas von der EU gehört haben. So gaben zwar 89 % der EU-Jugendlichen an, schon einmal etwas über das Europäische Parlament gehört zu haben. 75 % der EU-Jugendlichen und 69 % der jungen Deutschen haben zudem bereits von der EU-Kommission und immerhin noch 63 % der EU-Jugendlichen und 81 % der deutschen Jugendlichen von der Europäischen Zentral-

bank gehört. Es kann jedoch vermutet werden, dass sich mit diesen Angaben keinerlei Detailwissen darüber verbindet, was diese Institutionen im einzelnen bedeuten, wie sie aufgebaut sind und welchen Stellenwert sie im Entscheidungsgefüge der EU einnehmen.

Auch im Zusammenhang mit der Wissensfrage zur Zusammensetzung des Haushalts der EU zeigt sich, dass bei einem Großteil der Bevölkerung weiterhin vorhandene Vorurteile dominieren und Sachkenntnisse eher wenig verbreitet sind. So gaben 28 % der EU-Jugendlichen und 35 % der deutschen Jugendlichen an, dass sich der Hauptanteil am EU-Haushalt auf Ausgaben im Bereich Verwaltung und Personal bezieht. In der Realität macht dieser Ausgabenbereich jedoch nur einen geringen Teil des EU-Budgets aus. Nur 13% der EU-Jugendlichen und 11 % der deutschen Jugendlichen nannte richtigerweise den Agrarsektor als Schwerpunkt der EU-Ausgaben, der fast die Hälfte des EU-Budgets vereinnahmt.

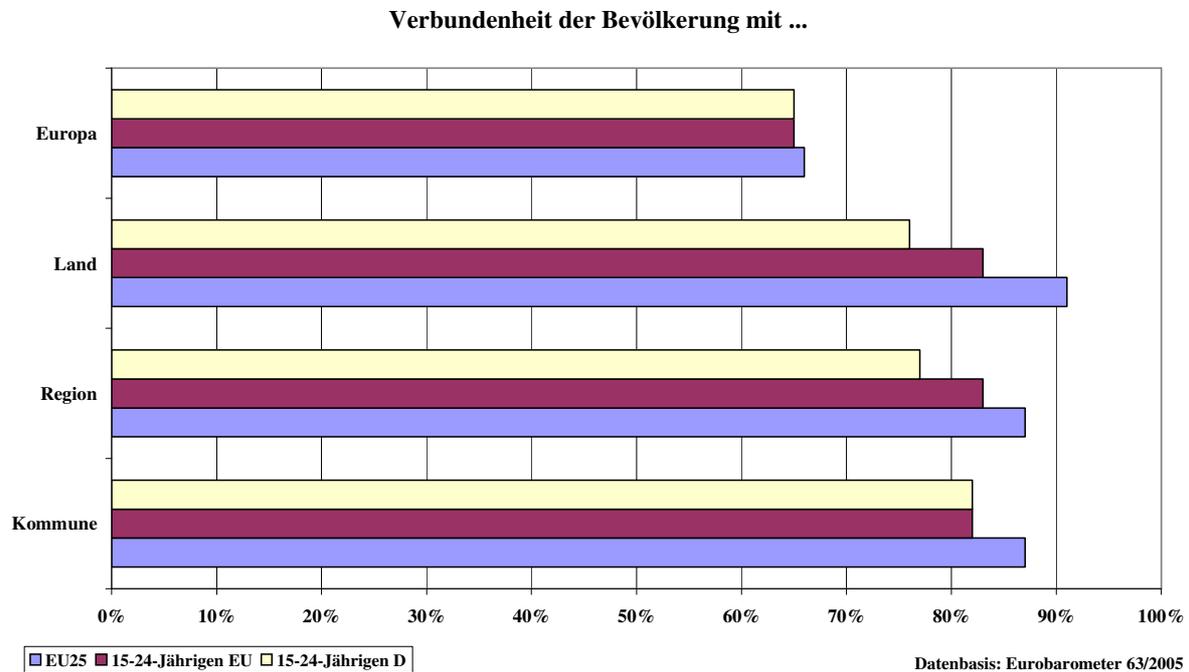
Wenn der von der EU proklamierte Plan D für mehr Dialog und Öffentlichkeitsarbeit und das Weißbuch für eine europäische Kommunikationspolitik ernst gemeint sind, muss dringend an dem vorhandenen grundsätzlichen Wissensdefizit der Bevölkerung zur EU angesetzt werden. Einige Faltblättchen und punktuelle Informationskampagnen werden hier nicht weiterhelfen. Statt dessen ist eine breit angelegte, qualitative und nachhaltige Bildungsarbeit zur Europäischen Union notwendig. Nur so kann es gelingen, die vorhandene Distanz zwischen der Bevölkerung und der EU zu überwinden, Verständnis für die aktuelle EU-Politik zu erreichen und eine aktive Unterstützung, aber auch kritische Mitwirkung der Menschen im Europa der Zukunft zu erhalten.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle Ebenen der Politikgestaltung mitwirken. Neben der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der EU müssen deshalb vor allem die Angebote vor Ort, das heißt im nationalen und regionalen Bereich gestärkt werden, damit möglichst viele Bürgerinnen und Bürger erreicht werden können. Auch in Deutschland besteht im Hinblick auf eine politische Bildung für Europa noch großer Handlungsbedarf, dem es auf den verschiedensten Ebenen der Bildungs- und Jugendarbeit zu begegnen gilt.

### **Wahrnehmungen der Europäischen Union**

Die Zustimmung zur Europäischen Union wird oft verbunden mit der Frage, wie stark sich die Bürgerinnen und Bürger mit einer geographischen Einheit verbunden fühlen. Nicht überraschend fühlen sich die Menschen in erster Linie mit ihrem Land verbunden und dann in ähnlichem Ausmaß mit ihrer Region und der Kommune, in der sie leben. Erst an letzter Stelle wird Europa genannt. Immerhin 65 % der EU-Jugendlichen fühlen sich auch mit Europa verbunden. Angesichts multipler Identitäten, die eine Gleichzeitigkeit von unterschiedlichen

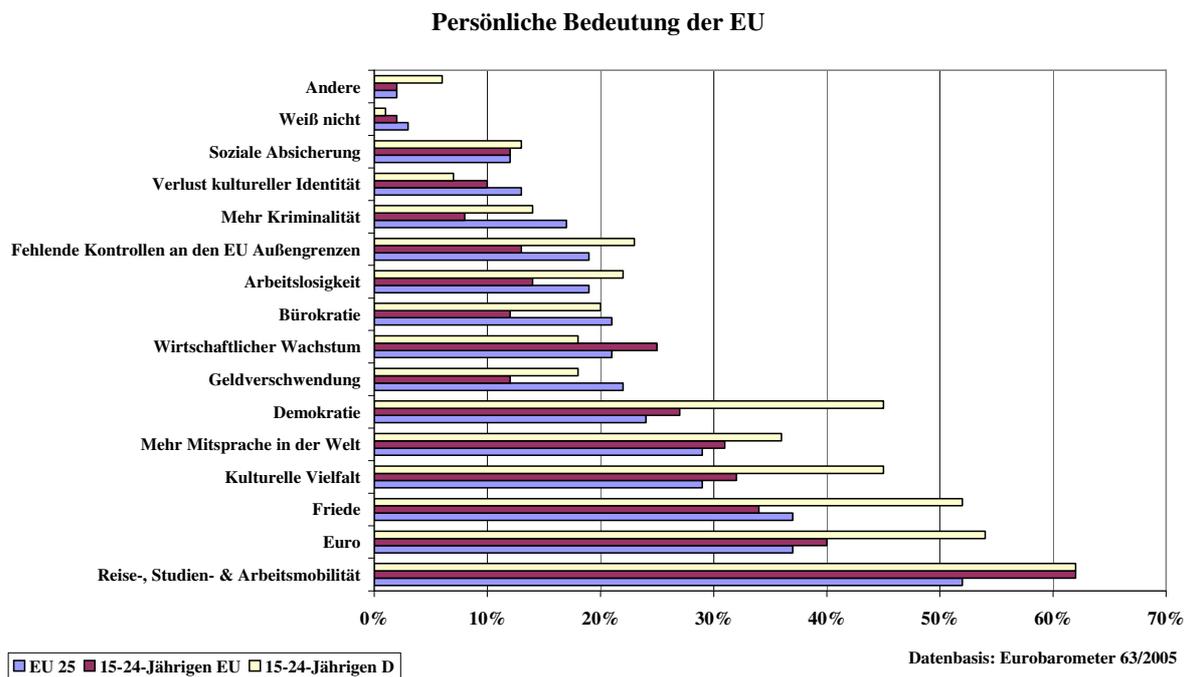
regionalen Zugehörigkeiten zulassen, ist diese Zuordnung nicht verwunderlich. Die Zugehörigkeit zu Europa wird zwar mit Abstand, aber doch von einem überwiegenden Teil der Bevölkerung als ein weiterer Bezugspunkt der eigenen Identität genannt.



Allerdings gibt auch ein Drittel der Jugendlichen explizit an, sich nicht mit Europa verbunden zu fühlen. Für diese Bevölkerungsgruppe gilt, dass das persönliche Zugehörigkeitsgefühl zu Europa nicht oder kaum ausgeprägt ist. Den Jugendlichen fällt es offensichtlich schwer, einen Bezug zwischen dem eigenen Leben und Europa herzustellen, beziehungsweise Europa im Alltag wahrzunehmen. Wenn diese Erfahrungen aber fehlen, bleibt Europa eine abstrakte Größe, die kaum anziehend wirkt.

Was aber bedeutet die Europäische Union konkret für ihre Bürgerinnen und Bürger? Mit eindeutigem Abstand wird bei der Frage, was die EU für sie persönlich bedeutet, die Reise-, Studien- und Arbeitsmobilität genannt. Über die Hälfte der Gesamtbevölkerung und sogar 62 % der Jugendlichen sprechen sich für die Mobilität aus. Damit wird ein Politikbereich genannt, der direkt im Alltag erfahrbar und nachvollziehbar ist und von den Menschen als eine der wesentlichen Errungenschaften europäischer Politik eingestuft wird. Zwischen 30 und 40 % der EU-Jugendlichen nennen als weitere Bezugspunkte dann den Euro, Frieden, kulturelle Vielfalt sowie die Möglichkeit, mit Hilfe der EU mehr Mitsprachemöglichkeiten in der Welt zu erlangen. Ein Viertel der Jugendlichen verbindet mit der EU zudem Demokratie und wirtschaftliches Wachstum. Von jungen Deutschen werden Euro, Friede, kulturelle Vielfalt und Demokratie vergleichsweise häufiger genannt als im EU-Durchschnitt.

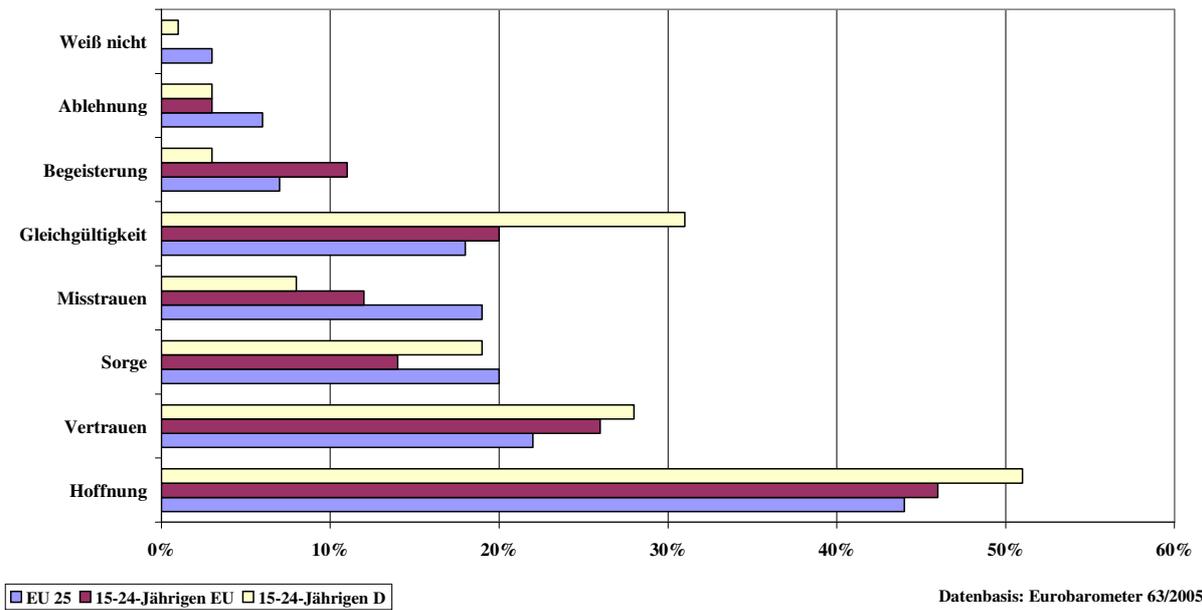
Negative Aspekte werden hingegen nicht so häufig mit der EU in Verbindung gebracht. Geldverschwendung wird von 22 % der Gesamtbevölkerung, aber nur von 12 % der Jugendlichen (18 % der deutschen Jugendlichen) mit der EU assoziiert. Weitere Vorbehalte beziehen sich auf Bürokratie, Arbeitslosigkeit, fehlende Kontrollen an den EU-Außengrenzen sowie auf den Verlust kultureller Identität und machen zwischen 10 und 20 % der Nennungen aus. Bei deutschen Jugendlichen werden fehlende Kontrollen an den EU-Außengrenzen (23%), Arbeitslosigkeit (22%) und steigende Kriminalität (14%) vergleichsweise häufiger als bei ihren europäischen Altersgenossen mit der EU in Verbindung gebracht.



### Ängste und Befürchtungen gegenüber der Europäischen Union

Die grundlegend positive Einstellung zur Europäischen Union im Allgemeinen, die von einem Großteil der Bevölkerung geteilt wird, muss bei der näheren Betrachtung der EU-Einstellungsdaten weiter relativiert werden und weicht einer insgesamt eher distanzierteren bis kritischen Bilanz. Befragt nach ihren Gefühlen gegenüber der EU äußern zwar 46 % der EU-Jugendlichen und sogar 51 % der deutschen Jugendlichen, dass ihnen die EU ein Gefühl der Hoffnung verleiht. Nur 3 % der Jugendlichen lehnen die EU ab. Diese überwiegend positive Konnotation wird jedoch dadurch geschmälert, dass nur 26 % der EU-Jugendlichen und 28 % der deutschen Jugendlichen ein Gefühl des Vertrauens mit der EU verbinden. Auf Platz drei und vier der Gefühlsskala folgen dann bereits negative Gefühle wie Sorge (14 % bei den EU-Jugendlichen) und Misstrauen (12 % bei den EU-Jugendlichen und 19 % bei den deutschen Jugendlichen).

### Gefühle in Bezug auf die EU



Insgesamt gesehen äußern sich junge Menschen hier - wie auch bei vielen anderen Fragestellungen zur EU - prinzipiell etwas positiver als die Gesamtbevölkerung. Sie liegen dabei sowohl etwas über den positiven Werten als auch etwas unterhalb der negativen Antworten der Gesamtbevölkerung. Nur im Hinblick auf die Gleichgültigkeit gegenüber der EU übertreffen die EU-Jugendlichen mit 20% die Werte der EU-Bevölkerung (18 %). Dies wird allerdings mit dem Gefühl der Begeisterung gegenüber die EU wieder revidiert. Hier zeigen sich jungen Menschen mit 11 % eindeutig begeisterungsfähiger als die Gesamtpopulation mit 7 %. Eine Ausnahme bilden hierbei die deutschen Jugendlichen. Bei Ihnen steht mit 31 % das Gefühl der Gleichgültigkeit bereits an zweiter Stelle, nach dem Gefühl der Hoffnung. Begeisterung wird hingegen nur von 3 % der deutschen Jugendlichen im Hinblick auf die EU geäußert.

Dass Begeisterungsfähigkeit gegenüber der EU insgesamt nur wenig genannt wird, zeigt, wie schwer sich ein solch abstraktes und komplexes Gebilde wie die EU mit einem lebendigen Gefühl wie Enthusiasmus verbinden lässt. Damit wird aber auch die Schwierigkeit der Vermittlung Europas an die EU-Bevölkerung sichtbar. Wenn es nicht gelingt, das Thema EU lebendig und lebensnah zu vermitteln, lässt sich die im Rahmen des Verfassungsprozesses sichtbar gewordene Lücke zwischen der EU und der Bevölkerung nicht schließen.

Auch im Hinblick auf die Einschätzung der Mitgliedschaft in der EU äußern sich die Bürgerinnen und Bürger durchaus kritischer, wenn die Fragen beziehungsweise Antwortvorgaben differenziert gestellt werden. So fühlt sich zwar immer noch mehr als die Hälfte der Bevölkerung sicherer, weil ihr Land Mitglied der EU ist (55 % der EU-Jugendlichen und

immerhin 62% der deutschen Jugendlichen). Allerdings fallen die negativen Antworten ebenfalls hoch aus und weisen auf einen großen Bevölkerungsanteil hin, der diese Einschätzung nicht teilen kann (37 % der EU-Jugendlichen und 32 % der jungen Deutschen).

Bei der Frage nach der wirtschaftlichen Stabilität überwiegen bei der Gesamtpopulation bereits die ablehnenden Antworten. 46 % der Gesamtbevölkerung haben nicht das Gefühl, infolge der Mitgliedschaft in der EU wirtschaftlich stabiler zu sein. Nur 44 % beantworten diese Frage positiv. Die EU-Jugendlichen äußern sich zu dieser Frage mit 50 % der Nennungen noch überwiegend positiv, während 37 % dies eher ablehnen. Bei den deutschen Jugendlichen ist das Verhältnis umgekehrt. Nur noch 38 % haben das Gefühl, infolge der Mitgliedschaft wirtschaftlich stabiler zu sein und 51 % verneinen dies.

Bei der politischen Stabilität äußern sich sogar 48 % der Gesamtbevölkerung ablehnend, während nur noch 42 % der These zustimmen, dass sie sich politisch stabiler fühlen, weil ihr Land Mitglied in der EU ist. Bei den EU-Jugendlichen fallen die Stimmen der Befürworter mit 45 % nur ganz knapp höher aus als diejenigen, die diese These ablehnen (44 %). Bei den deutschen Jugendlichen überwiegen wiederum mit 49% diejenigen, die nicht das Gefühl haben, dass Deutschland infolge der EU-Mitgliedschaft politisch stabiler ist.

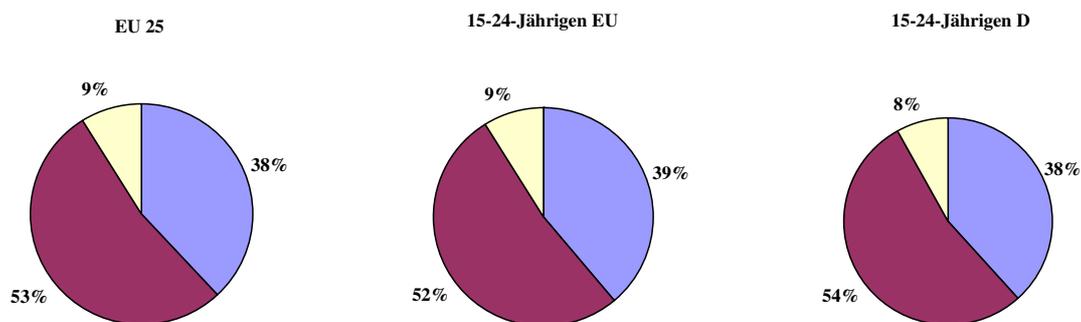
Die Zahlen verdeutlichen, dass die Einstellungen zur EU keineswegs so eindeutig ausfallen. Auch wenn bei den EU-Jugendlichen im Durchschnitt noch die positiven Einstellungen überwiegen, sollte die hohe Anzahl der negativen Antworten im Hinblick auf die zukünftige Unterstützung europäischer Politik durch die Bevölkerung nachdenklich stimmen. Wenn konkrete Vorteile europäischer Politik nicht sichtbar sind, nehmen schnell kritische und distanzierte bis ablehnende Haltungen gegenüber der EU zu.

Die kritischen Einstellungen gegenüber der EU lassen sich auch bei anderen Fragestellungen zur Wahrnehmung der EU darstellen. Fast drei Viertel der Bevölkerung (73 % der Gesamtpopulation und 71 % der Jugendlichen) stimmen der Aussage zu, dass die größten Länder der EU auch die größte Macht besitzen. Dies lässt jedoch den Schluss zu, dass nicht automatisch die Interessen aller Länder gleichermaßen in der EU berücksichtigt werden. So ist es nicht verwunderlich, wenn nur 37 % der Bürgerinnen und Bürger die Auffassung vertreten, dass die Interessen ihres Landes in der EU gut berücksichtigt werden. 47 % bezweifeln dies hingegen. Jugendliche sind diesbezüglich noch etwas optimistischer und sehen zu 43 % die Interessen ihres Landes gut gewahrt, während 40 % der jungen Menschen dies verneinen. Deutsche Jugendliche - als Vertreter des größten Mitgliedslandes der EU – stimmen hingegen nur noch mit 58 % der Aussage zu, dass die größeren Länder die meiste Macht in der EU haben. Immerhin 36 % verneinen dies. Im Hinblick auf die Wahrnehmung der Interessen Deutsch-

lands sind 47 % der jungen Deutschen der Auffassung, dass diese in der EU gut berücksichtigt werden, während 40 % gegenteiliger Meinung sind.

Im Hinblick auf den Einfluss der eigenen Stimme in der EU fallen die Stimmen allerdings bei allen Alterskohorten eindeutig negativ aus. Mehr als die Hälfte aller Bürgerinnen und Bürger in der EU sind der Auffassung, dass ihre Stimme in der EU nicht zählt. Nur knapp 40 % der Bevölkerung sehen dies anders. Der überwiegende Teil der Bevölkerung macht damit deutlich, dass er seine Auffassungen und Forderungen in der EU nicht berücksichtigt sieht. Die vieler Orts geforderte aktive europäische Bürgergesellschaft und rege Partizipation in Europa ist anscheinend noch weit von den tatsächlichen Möglichkeiten und deren Wahrnehmung in der Bevölkerung entfernt.

#### Gefühl, dass die eigene Stimme in der EU zählt



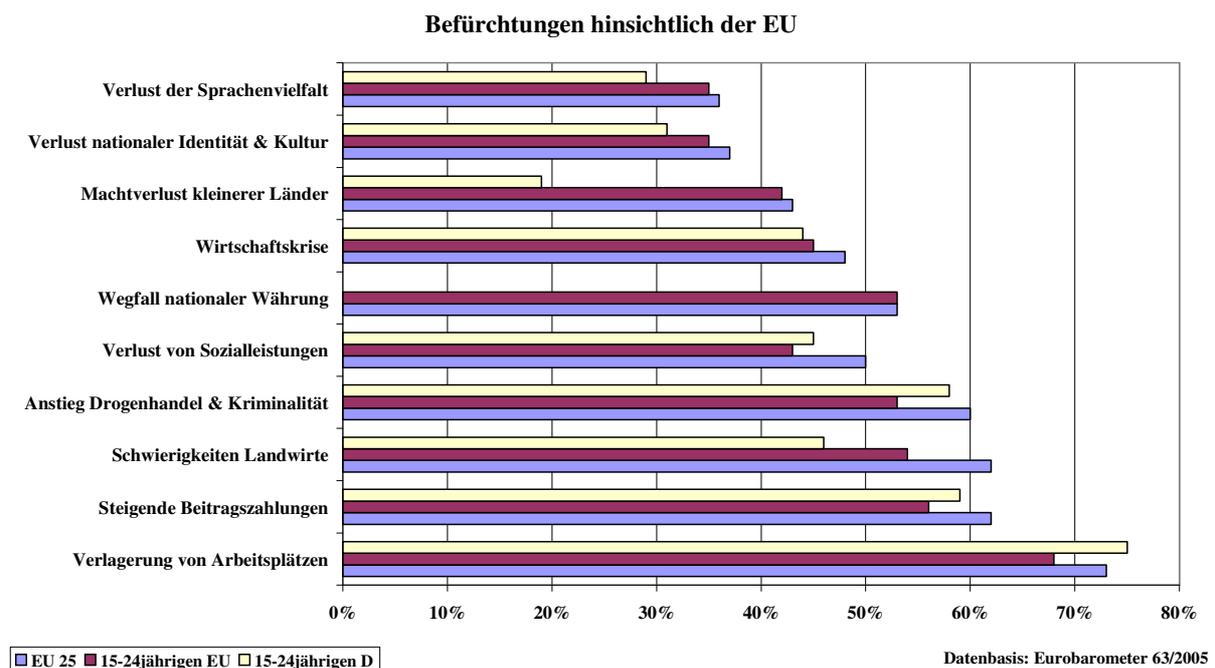
■ Zustimmung ■ Ablehnung ■ Weiß nicht

Datenbasis: Eurobarometer 63/2005

Im Hinblick auf konkrete Ängste und Befürchtungen werden von der Bevölkerung eine ganze Reihe von Entwicklungen in der EU genannt, die sie eher mit Sorge als mit Zuversicht verfolgen. So steht die Verlagerung von Arbeitsplätzen in andere Mitgliedsländer mit niedrigeren Produktionskosten an erster Stelle der Befürchtungen. 68 % der EU-Jugendlichen und sogar 77 % der deutschen Jugendlichen befürchten eine solche Entwicklung im Zusammenhang mit europäischer Politik. Hier zeigt sich die schlechte Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland, die sich direkt auf die Zukunftsängste der Bevölkerung und deren Einstellungen in diesem Bereich auswirken.

Größere Befürchtungen verbinden sich auch mit den Beitragszahlungen des eigenen Landes an die EU. 56 % der EU-Jugendlichen und 59% der jungen Deutschen fürchten sich vor steigenden finanziellen Belastungen ihres Landes durch die EU. Im gleichen Maße werden

Schwierigkeiten für die Landwirtschaft des eigenen Landes durch die EU-Politik erwartet sowie ein Anstieg des Drogenhandels und des internationalen organisierten Verbrechens. Die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger befürchtet zudem den Wegfall von Sozialleistungen oder auch eine Wirtschaftskrise. Diese beiden Gefahren werden von Jugendlichen etwas geringer eingestuft. Den Wegfall von Sozialleistungen befürchteten nur 43 % der EU-Jugendlichen und 45 % der jungen Deutschen, gegenüber 48 % der EU-Jugendlichen und 50 % der deutschen Jugendlichen, die diesbezüglich keine Ängste haben. Auch hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit einer Wirtschaftskrise überwiegen mit 48 % der EU-Jugendlichen und 53 % der jungen Deutschen diejenigen, die dies weniger befürchten. 43 % der EU-Jugendlichen und 44 % der deutschen Jugendlichen fürchten sich aber sehr wohl vor einer solchen Entwicklung. Im Hinblick auf den Machtverlust kleinerer Länder, den Verlust nationaler Identität und Kultur sowie auf eine Verringerung der Verwendung der eigenen Sprache überwiegt der Teil der Jugendlichen, der dies eher nicht befürchtet. Nichts desto trotz bestehen solche Befürchtungen aber immerhin noch bei einem guten Drittel.

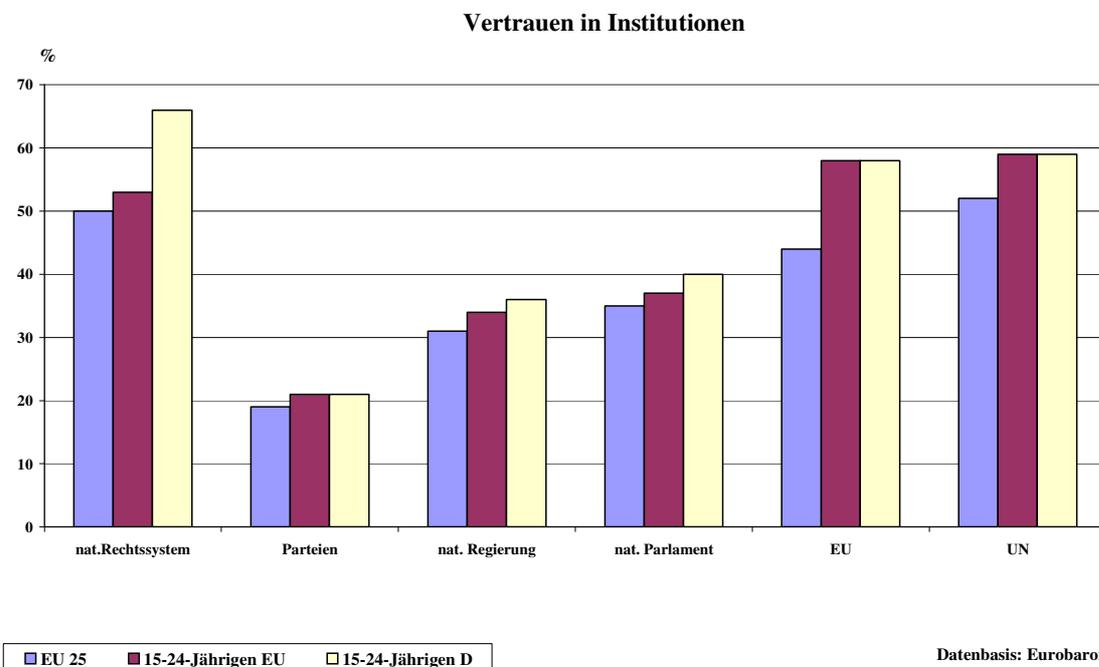


### Die Europäische Union im nationalen und internationalen Kontext

Im Vergleich mit anderen Einrichtungen politischer Entscheidungsfindung schneidet die EU jedoch wieder durchaus positiv ab. Junge Menschen sprechen der EU nach der UN das höchste Vertrauen aus und setzen die EU damit noch vor dem nationalen Rechtssystem auf Rang 2. Befragt nach ihrem Vertrauen in Institutionen und Organisationen sprechen sich 59 % der EU-Jugendlichen für die UN aus und 58 % für die EU. Junge Menschen zeigen damit der

EU gegenüber ein weitaus höheres Vertrauen als die Gesamtbevölkerung, die dies nur mit 44 % angibt. An Stelle drei des Vertrauens folgt bei den EU-Jugendlichen dann das nationale Rechtssystem mit 53 % der Nennungen. In der Gesamtbevölkerung rangiert dieses an 2. Stelle mit 50 % der Nennungen. Bei den deutschen Jugendlichen ist das nationale Rechtssystem sogar die Einrichtung, die mit 66 % das höchste Vertrauens erhält. Deutlich abgeschlagen folgen die nationalen Parlamente und die nationalen Regierungen mit Werten zwischen 30 und 40 %. An letzter Stelle werden die nationalen Parteien genannt, die nur 21 % des Vertrauens der EU-Jugendlichen auf sich vereinen können.

Auch hier zeigt sich, dass die Einstellungen zur EU keineswegs so eindeutig ausfallen, wie es zunächst erscheint und je nach Fragestellung auch erheblich schwanken können. Während die Bevölkerung im Hinblick auf ihre allgemeinen Gefühle gegenüber der EU nur zu 20-30 % angibt, Vertrauen zu verspüren, fällt im Vergleich mit anderen Institutionen die Frage nach dem Vertrauen zur EU deutlich besser aus. Durch den Vergleich mit nationalen Institutionen relativiert sich die Bewertung der EU. Statt dessen werden mit der Frage Erwartungen und Hoffnungen der Bevölkerung angesprochen, die sich nach ihrer Ansicht auf den übergeordneten Ebenen der UN und EU besser lösen lassen, als im Kontext nationaler Politik. Ausgenommen hiervon ist nur das jeweilige nationale Rechtssystem, dem ebenfalls eine hohe Bedeutung beigemessen wird.



Besonders eklatant wird dies, wenn die Bevölkerung nach der Rolle der EU und der USA im Vergleich gefragt wird. Sei es der Friede in der Welt, die Verfolgung des Umweltschutzes oder der Kampf gegen Armut in der Welt, die Rolle der EU wird weitaus positiver einge-

schätzt als die der USA. Die EU übertrifft in diesen Bereich die USA zwei bis dreifach. Und selbst bei dem Kampf gegen den Terrorismus und hinsichtlich des Wachstums der Weltwirtschaft wird der EU noch eine positivere Rolle als der USA zugesprochen. Die gute Bewertung der EU auf der internationalen Bühne korreliert mit der Wahrnehmung, dass die Bedeutung der internationalen Rolle der EU in den letzten fünf Jahren zugenommen hat. 62 % der Gesamtbevölkerung und 68 % der EU-Jugendlichen sowie 71 % der jungen Deutschen sind der Auffassung, dass die Rolle der EU in der Welt wichtiger geworden ist. Im Gegensatz dazu verneinen dies nur 4 % der EU-Jugendlichen und 5 % der deutschen Jugendlichen (6 % der Gesamtbevölkerung). 19 % der EU-Jugendlichen und 23% der jungen Deutschen schätzen die weltweite Bedeutung der EU als unverändert ein (25 % der Gesamtbevölkerung).

Auch bei der Frage nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie schneidet die EU im Vergleich zu den nationalen Demokratien nicht schlecht ab. Der überwiegende Teil der Bevölkerung (56 % der EU-Jugendlichen und 53 % der Gesamtbevölkerung) ist mit der Demokratie im eigenen Land zufrieden. Allerdings geben immerhin 40 % der EU-Jugendlichen und 43 % der jungen Deutschen an, mit der Demokratie im eigenen Land nicht zufrieden zu sein (44% der Gesamtbevölkerung). Im Hinblick auf die EU ist trotz des großen Informationsdefizits zur EU und damit auch zum politischen System desselben, ein ähnlich hoher Anteil der Bevölkerung optimistisch eingestellt. 55 % der EU-Jugendlichen und 52 % der jungen Deutschen sind mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU zufrieden (49 % der Gesamtbevölkerung). Ein geringerer Teil als im nationalen Vergleich, aber immerhin noch 28 % der EU-Jugendlichen und 33 % der jungen Deutschen sind mit dem Funktionieren der Demokratie auf europäischer Ebene eher unzufrieden (35 % der Gesamtbevölkerung). Entsprechend höher fällt der Anteil derjenigen aus, die mit ‚weiß-nicht‘ antworten und damit ihrem geringen Kenntnisstand zur EU Rechnung tragen (17 % der EU-Jugendlichen).

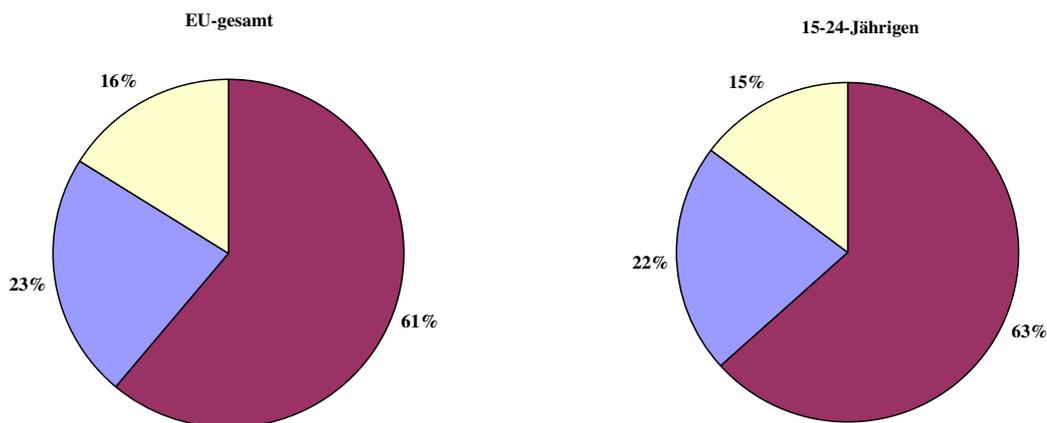
Obwohl die Bürgerinnen und Bürger bei einer anderen Fragestellung die eigene Stimme in der EU nicht berücksichtigt finden, sehen sie die Demokratie als solche in der EU nicht gefährdet. Sie unterscheiden dabei anscheinend zwischen den eigenen politischen Partizipationsmöglichkeiten, die nicht befriedigend eingeschätzt werden, und dem allgemeinen politischen System der Demokratie, das vom überwiegenden Teil positiv eingestuft wird.

### **Die Europäische Verfassung**

Das erste Halbjahr 2005 wurde stark von dem Ratifizierungsprozess der EU-Verfassung beeinflusst. Mit dem europäischen Verfassungsvertrag wollte die EU nicht nur eine Reform ihrer Politik und Institutionen einleiten, sondern auch eine stärkere Einbeziehung der

Bevölkerung in den europäischen Einigungsprozess erreichen. Ein klares, effizientes und demokratisches Konzept soll das Europa der Zukunft prägen, an dem die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere die jungen Menschen aktiv mitwirken können. Im Allgemeinen hat sich die EU-Bevölkerung auch ganz positiv zu einer EU-Verfassung ausgesprochen. 64 % der europäischen Jugendlichen (die Daten für die Jugendkohorte aus Deutschland stehen für diesen Fragekomplex bedauerlicherweise nicht zur Verfügung) und 61 % der Gesamtpopulation stimmen prinzipiell einer EU-Verfassung zu, wobei die Unterstützung bei Personen mit besserem Kenntnisstand zu EU höher ausfällt als bei Personen mit geringeren EU-Kenntnissen. Im Gegensatz dazu lehnen im EU-Durchschnitt 22 % der EU-Jugendlichen eine Verfassung ab (23 % der Gesamtbevölkerung) und 15 % antworten mit ‚weiß-nicht‘ (16 % der Gesamtbevölkerung). Selbst in Frankreich und den Niederlanden überwiegen die prinzipiellen Ja-Stimmen für eine EU-Verfassung. Allerdings fallen in diesen Ländern die Nein-Stimmen deutlich höher aus als in den anderen EU-Staaten.

#### Zustimmung für eine EU-Verfassung



■ Dafür    ■ Dagegen    □ Weiß nicht

Datenbasis: Eurobarometer 63/2005

Die grundsätzliche Unterstützung einer EU-Verfassung durch die Bevölkerung bedeutet jedoch nicht gleichzeitig deren Zustimmung zu dem konkreten Verfassungsvertrag, wie er in einigen Ländern zur Abstimmung vorgelegt wurde. Der negative Ausgang der Referenden in Frankreich und den Niederlanden hat gezeigt, dass es in der Bevölkerung durchaus Bedenken und Vorbehalte gegenüber dem vorgelegten EU-Verfassungsvertrag gibt. 55 % des französischen und 62 % des niederländischen Volkes haben im Referendum mit Nein gestimmt. Die Ablehnung bei den 18-24jährigen fiel dabei besonders hoch aus. In Frankreich stimmten 59 % der Jugendlichen und in den Niederlanden sogar 74 % gegen die vorgelegte EU-Verfassung.

Auch die Wahlbeteiligung fiel bei den 18-24jährigen niedriger aus als bei der Gesamtbevölkerung (60 % der Jugendlichen in Frankreich und 54 % der Jugendlichen in den Niederlanden sind nicht wählen gegangen).

Die Ursachen für die geringe Unterstützung der EU-Verfassung bei den Referenden durch die Jugendlichen sind ganz unterschiedlicher Art. Ein wesentlicher Grund sowohl für die Wahlenthaltung als auch für die Negativ-Voten bestand in dem Gefühl, nicht ausreichend über die EU-Verfassung informiert zu sein. Während dieser Mangel an Informationen in Frankreich vor allem ausschlaggebend für die Nichtbeteiligung an den Wahlen war, wurde dies als wesentliche Ursache für die Nein-Stimmen bei dem Referendum in den Niederlanden angegeben. 75 % der jungen Nichtwähler in Frankreich gaben an, infolge des Informationsdefizits nicht am Referendum teilgenommen zu haben. Knapp ein Drittel der niederländischen Nein-Wähler/innen (27 % der 18-24jährigen) gab an, infolge fehlender Informationen – praktisch ‚sicherheitshalber‘ – dagegen zu sein.

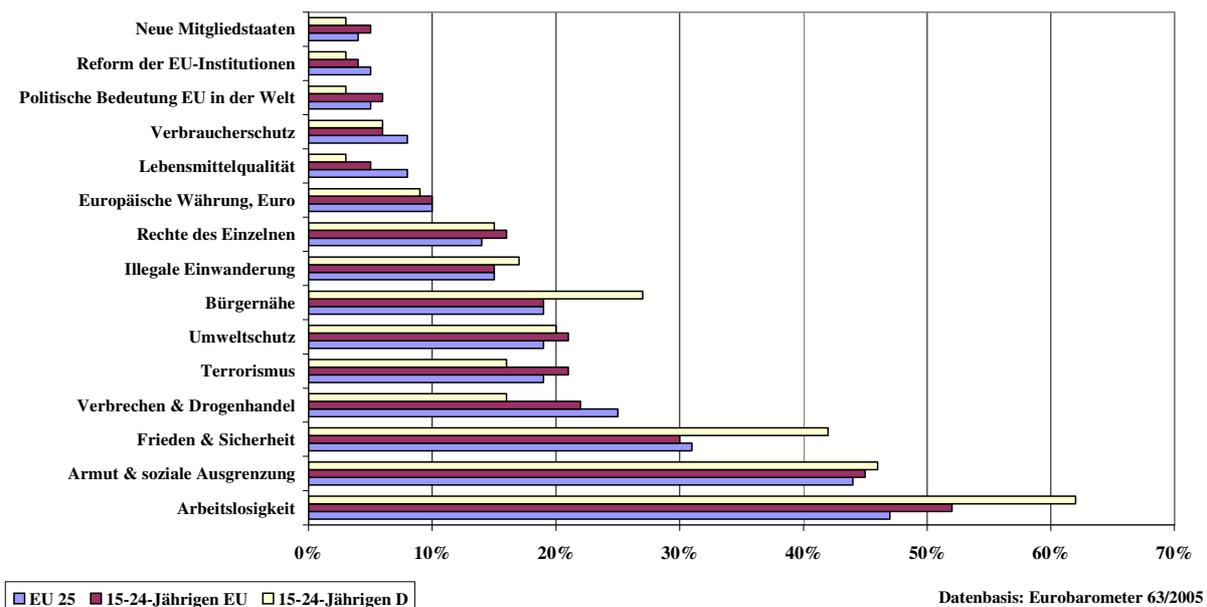
Befragt nach ihrem Wissen über die EU-Verfassung, geben im Vorfeld der Referenden zwar 68 % der EU-Bevölkerung an, bereits von dem Text gehört zu haben, allerdings keinerlei Kontexte damit verknüpfen zu können. Nur 13 % der Bürgerinnen und Bürger verbinden damit auch konkrete Inhalte und 18 % geben an, von der EU-Verfassung noch überhaupt nichts gehört zu haben. Die Werte für die jungen Menschen fallen hierbei sehr ähnlich aus. Der Ausgang der Referenden legt nahe, dass die reine Kenntnis über das Vorhandensein einer EU-Verfassung noch nicht ausreichend für deren Unterstützung ist. So hat auch die Verteilung des Verfassungstextes in Frankreich kurz vor dem Referendum den Ausgang desselben nicht wesentlich beeinflussen können.

Die eindeutige Verbindung zwischen fehlenden Informationen einerseits und mangelnder Unterstützung der EU-Verfassung andererseits bestätigt die Feststellung, dass sich Europa in einer Krise auf dem Gebiet der Vermittlung und der Kommunikation mit seinen Bürgerinnen und Bürgern befindet. Die Unterstützung der EU-Politik ist offensichtlich nur mit einer informierten und aufgeklärten Bevölkerung möglich ansonsten besteht das Risiko, dass über ganz andere Sachverhalte abgestimmt wird, als die, die eigentlich zur Abstimmung vorgelegt werden. Dabei handelt es sich nicht um ein themenspezifisches Defizit sondern um ein grundlegendes Problem der Europapolitik. Über Jahre hinweg fühlen sich Europäerinnen und Europäer nur schlecht über die EU informiert und auch junge Menschen wissen kaum Bescheid, wenn es um europäische Politik geht. Nur eine nachhaltige und qualitative Informations- und Öffentlichkeitsarbeit auf europäischer und nationaler Ebene kann dieses Defizit beheben.

## EU-Politikbereiche

Befragt nach den drei Maßnahmen, auf die sich die EU in ihrer Arbeit prioritär konzentrieren sollte, dominiert der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Er wird von 52 % der EU-Jugendlichen genannt und damit häufiger als in der Gesamtbevölkerung, die diesen Bereich mit 47 % angibt. Bei den jungen Deutschen steht dieser Bereich sogar noch deutlicher im Aufgabenprofil der EU, 62 % sehen hier ein vordringliches Tätigkeitsfeld. Ebenso wichtig wird die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung eingeschätzt. 45 % der EU-Jugendlichen und 46% der jungen Deutschen erachten diesen Bereich als ein wichtiges Handlungsfeld der EU. Frieden und Sicherheit rangieren mit einem knappen Drittel der Nennungen auf Platz Drei, gefolgt vom Einsatz gegen organisiertes Verbrechen und Drogenhandel. Im mittleren Bereich des Tätigkeitsfeldes und mit Nennungen zwischen 10 und 20 % werden Terrorismus, Umweltschutz, Bürgernähe, Illegale Einwanderung, Rechte des Einzelnen und die Europäische Währung Euro angeführt. Die Bürgernähe wird hierbei vor allem von Jugendlichen aus Deutschland als besonders wichtig wahrgenommen, 27 % erachten diese als eine wesentliche Herausforderung europäischer Politik. Im Vergleich deutlich geringere Priorität werden hingegen den Bereichen Lebensmittelqualität, Verbraucherschutz, politische Bedeutung der EU in der Welt, Reform der EU-Institutionen sowie erneute Erweiterung eingeräumt. Auf diese Felder entfallen nur noch 4-8 % der Nennungen.

Prioritäten der EU



Vergleicht man diese Liste der Prioritäten europäischer Politik mit den Einschätzungen darüber, in welchen Politikfeldern die EU eine positive Rolle einnimmt, so zeigt sich, dass die

wahrgenommenen Herausforderungen europäischer Politik nicht unbedingt mit den eingeschätzten Handlungskompetenzen der EU gleichgesetzt werden. Die EU-Bevölkerung setzt in vielen Bereichen deutlich höhere Erwartungen in die EU als diese ihrer Auffassung nach einzulösen in der Lage ist. Eine gute Bewertung wird der EU in den Bereichen Terrorismus, Verteidigung und Außenpolitik sowie Umweltschutz ausgestellt. In diesen Politikfeldern beurteilen mehr als die Hälfte der EU-Bürgerinnen und Bürger die Rolle der EU positiv. Auch im Kampf gegen die Kriminalität wird die EU vom überwiegenden Teil der Bevölkerung positiv eingestuft.

Bei dem Problem der Arbeitslosigkeit, das der Bevölkerung gegenwärtig am nächsten steht, wird die EU bereits negativer eingeschätzt. Für 34 % der jungen Menschen und 37 % der Gesamtbevölkerung spielt die EU in diesem Bereich eine eher negative Rolle. 32 % der EU-Jugendlichen und nur 24 % der Gesamtbevölkerung räumen ihr noch eine positive Rolle ein. 27 % der EU-Jugendlichen und 31 % der Gesamtbevölkerung sind hierzu unentschieden. Damit wird die Handlungsfähigkeit der EU in einem der wichtigsten Bereiche gegenwärtiger Politik eher kritisch gesehen. Besonders groß fällt die kritische Distanz bei deutschen Jugendlichen aus. Für 47 % der jungen Deutschen spielt die EU bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine negative Rolle, nur 16 % beurteilen diese positiv und 34 % sind diesbezüglich indifferent eingestellt.

Am deutlichsten wird die Kritik der Bevölkerung an der EU jedoch im Bereich steigende Preise und Inflation. Hier bewertet fast jede/r zweite Bürger/in die Rolle der EU als negativ, Nur 20 % sehen dies anders und etwa ein Drittel legen sich diesbezüglich nicht fest.

Interessant ist auch der Bildungsbereich, der für den Arbeitsmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit der EU eine wichtige Rolle spielt. In diesem Bereich sprechen 40 % der jungen Menschen, aber nur 31 % der Gesamtbevölkerung der EU ein gutes Zeugnis aus. Deutsche Jugendliche schätzen hierbei die Rolle der EU ähnlich distanziert ein wie die Gesamtpopulation. Nur 31 % erachten diese als positiv. Kritisch äußern sich 17 % der EU-Jugendlichen, 20 % der jungen Deutschen und 19 % der Gesamtbevölkerung. Hervorzuheben ist jedoch der hohe Anteil derjenigen, die sich bei der Einschätzung des Bildungsbereiches nicht festlegen wollen oder können. 35 % der EU-Jugendlichen, 40 % der Gesamtbevölkerung und sogar 45 % der deutschen Jugendlichen räumen der EU weder eine positive noch eine negative Rolle im Bildungssystem ein. Die indifferente Einstellung mag vielleicht auch damit zusammenhängen, dass die Bildung kein Bereich originärer Zuständigkeit der EU ist. Im Hinblick auf das von der EU proklamierte ‚Europa des Wissens‘ zeigt sich jedoch eine deutliche Distanz zur öffentlichen Wahrnehmung der Rolle der EU in diesem Bereich.

## **Zusammenfassung und Perspektiven**

Die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage sind ambivalent. Auf der einen Seite gibt es eine ganz allgemeine und breite Zustimmung zur EU, die nur von einer kleinen Anzahl von Kritikern grundlegend in Frage gestellt wird. Jugendliche sind dabei in der Regel etwas optimistischer eingestellt als die Gesamtbevölkerung. Dieser eher langfristigen positiven Grundorientierung steht eine mehr nutzenkalkulierende Alltagseinstellung gegenüber, die insgesamt pragmatischer und realistischer geworden ist. Die Jugendlichen vergleichen zunehmend kritischer die von der EU gesetzten Ziele und Visionen mit dem erreichten Integrationsstand. Darüber hinaus sind ihre Vorstellungen und Forderungen an eine europäische Politik gestiegen und damit die Erfahrung, dass die Europäische Union diesen Erwartungen oftmals nur begrenzt gerecht wird. Dabei geraten die grundlegenden Vorteile und die bisher erreichten Fortschritte der europäischen Integration meist aus dem aktuellen Blickwinkel. Bei detaillierteren Fragestellungen zur EU nehmen deshalb die kritischen und ablehnenden Stimmen schnell zu und vor allem der Anteil derjenigen, die sich bei konkreteren Fragen nicht festlegen können oder wollen. Ausschlaggebend ist hierfür oft fehlendes Wissen, was den Betroffenen eine genaue Einschätzung der europäischen Politik schwierig macht.

Deutsche Jugendliche sind dabei nicht grundlegend optimistischer oder pessimistischer eingestellt. Bei vielen Fragen bewegen sie sich sehr nahe am Durchschnittswert der EU-Jugendlichen, bei einigen Antworten sind sie negativer, bei anderen Antworten positiver eingestellt. Es lässt sich jedoch erkennen, dass sie infolge der schlechten Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation in Deutschland höhere Anforderungen an die EU haben und die bisherige europäische Politik in diesen Bereichen eher kritisch bilanzieren.

Die Einstellungsdaten machen die Notwendigkeit deutlich, dass sich die EU und ihre Mitgliedsländer aktiv um das Verständnis, die Unterstützung und Mitwirkung ihrer Bevölkerung kümmern. Es gilt, den Dialog zwischen der EU und den in ihr lebenden Bürgerinnen und Bürgern neu zu gestalten und so eine tragfähige Basis für eine lebendige europäische Bürgergesellschaft zu schaffen.

Die von der EU angestrebte Schaffung von mehr Transparenz, Effizienz und Bürgernähe muss nun tatkräftig umgesetzt werden und in den Mittelpunkt aller Aktivitäten der EU, vor allem aber auch ihrer Mitgliedstaaten gestellt werden. Hierfür ist es erforderlich, die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der EU zu überarbeiten und von punktuellen Imagekampagnen und werbewirksamen Hochglanzbroschüren zu einer nachhaltigen und langfristig angelegten Auseinandersetzung über europäische Politik zu kommen. Die EU hat mit dem Weiß-

buch zur europäischen Kommunikationspolitik einen neuen Anlauf hierzu unternommen. Nun kommt es darauf an, wie die darin angesprochenen Ideen und Anregungen in die Praxis umgesetzt werden.

Die zu vermittelnden Informationen sollten dabei in beide Richtungen fließen. Das heißt, zum einen gilt es über die EU und ihre Entwicklungen aufzuklären. Zum anderen müssen aber auch die Einstellungen, Erwartungen und Befürchtungen der Menschen gegenüber europäischer Politik angehört und stärker berücksichtigt werden. Wichtig ist hierbei, dass nicht nur vereinzelt und besonders prestigeträchtige Maßnahmen durchgeführt werden, sondern dass nach Ansätzen gesucht wird, die möglichst viele und unterschiedliche Bevölkerungsschichten ansprechen. Dies kann nur gelingen, wenn sich die unterschiedlichsten Ebenen und Einrichtungen des öffentlichen Lebens quer durch alle regionalen Strukturen und Ressortzuständigkeiten hierfür auch verantwortlich fühlen und die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stellen. Europa sollte als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen sichtbar und lebendig gemacht werden.

Eine partizipative Demokratie in der EU wird nicht alleine dadurch erreicht, dass sie in der Verfassung beim Namen genannt wird. Damit diese mit Leben erfüllt wird, ist es notwendig, dass sich eine politische Kultur der Mitwirkung in Europa entwickelt. Dies geschieht nicht über Nacht und lässt sich auch nicht einfach durch die Übertragung nationaler Modelle von Bürgergesellschaft erreichen. Die EU steht als Gebilde sui generis vor der enormen Herausforderung, aber auch der besonderen Chance, durch die Bildung einer aktiven europäischen Bürgergesellschaft eine wirklich neue und tragfähige Basis für die europäische Zukunft zu schaffen. Dies lässt sich jedoch nicht durch die bloße Akklamation von Worthülsen erreichen. Statt dessen bedarf es eines grundlegenden breiten und öffentlichen Dialogs in der Bevölkerung, mit Hilfe dessen Politik und die Auseinandersetzung mit dieser wieder mehr in die Mitte der Gesellschaft gerückt wird. Angesichts der allgemeinen Politikverdrossenheit der Bevölkerung ist dieses Ziel sicherlich nicht einfach zu erreichen, stellt aber die eigentliche Herausforderung dar, vor der sich die Informations- und Öffentlichkeitspolitik derzeit befindet. Dies sollte nicht heruntergespielt werden und als ernsthafte Ausgangsbasis für den von der EU-Kommission verkündeten Plan D für mehr Demokratie, Dialog und Diskussion sowie für deren Weißbuch für eine europäische Kommunikationspolitik dienen. Ansonsten werden die Bemühungen um mehr Verständigung und Information ähnlich erfolglos verlaufen wie vorangegangene Imagekampagnen der EU.